

Freiberger Anzeiger

und

Tageblatt.

Antsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsämter u. der Stadträthe zu Freiberg u. Brand.

N^o 227.

Erscheint i. Freiberg jed. Wochent. Ab.
6 U. für den and. Tag. Inser. werden
bis 3. 11 U. für nächste Nr. angen.

Sonntag, 29. September.

Preis vierteljährl. 20 Ngr. Inserate
werden die gespaltene Zeile oder deren
Raum mit 1 Ngr. berechnet.

1872.

Tagesgeschichte.

Berlin, 27. September. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht ein vom 25. ds. datirtes Schreiben des Cultusministers Dr. Falk an den Bischof von Ermeland. Das Schreiben, welches den Inhalt der zwischen der Regierung und dem Bischof gewechselten Schriftstücke recapitulirt, betont, daß die Regierung, obwohl sie das Entgegenkommen in der Erklärung des Bischofs anerkenne, außer Stande sei, darin Bürgschaften zu finden, welche sie im Interesse des Staates und der Angehörigen desselben zu fördern verpflichtet sei. Der Gegensatz zwischen den staatsrechtlichen Anschauungen des Bischofs und den Grundprincipien des preussischen wie jeden anderen Staatswesens bestehe trotz der gebotenen Ausgleichsgelegenheiten ohne die gehoffte Lösung fort. Die Staatsregierung vermöge nicht weiter die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß aus Mitteln des Staates, dessen Gesetzen der Bischof sich nicht unbedingt unterworfen habe, für den Unterhalt des Bischofs Zahlungen geleistet werden. Diese Zahlungen seien vom Landtage in der Voraussetzung bewilligt worden, daß die Gesetze und die Verfassung Preußens, auf deren Grund die Bewilligungen erfolgten, von den Empfängern der betreffenden Staatsgelder auch immer als für sie gültig und verbindlich anerkannt würden. Sobald diese Voraussetzung aufgehoben ist, wie es durch die amtlichen Erklärungen des Bischofs der Fall war, wird die Berechtigung der Regierung zur Zahlung zweifelhaft, und die Regierung werde daher die betreffende Zahlung bis auf Weiteres einstellen.

— Der „B. V.-Z.“ ist der Jahresbericht des deutschen Generalconsuls in Pernambuco von 1871 zu Händen gekommen. Derselbe enthält eine für unsere Fabrikanten wohl zu beherzigende Aufforderung: „Seider kann sich der größte Theil der deutschen Fabrikanten noch immer nicht entschließen, seine Waaren unter eigener Firma und Etiquette dem Handel zu übergeben, sondern unter falschen französischen und englischen Namen und Stempeln glaubt er dieselben eines besseren Absatzes zu versichern. Diesem eingewurzelten Vorurtheil, hervorgegangen aus der altgewöhnlichen Unterordnung unter andere Nationen und dem so geringen Selbstgefühl der Deutschen im Allgemeinen, ist Zeit, jetzt, wo wir ein kräftiges und einiges Volk geworden, ein Ende zu machen. Wir können unsere guten Waaren unter eigener Firma und eigener Etiquette in die Welt setzen. Die Achtung im Auslande vor deutschem Gewerbfleiß und deutschem Erfindungsgeiste ist uns gewiß.“

— Die Nachricht belgischer Blätter, daß der deutsche Botschafter in Paris von seinem Posten zurücktreten werde, weil er seine Stellung in der Pariser Gesellschaft unhaltbar finde, und daß der Reichskanzler in solchem Falle die diplomatische Vertretung suspendiren wolle, hat im ersten Augenblicke einiges Aufsehen erregt. Der Pariser Correspondent der „Times“ telegraphirt, daß, wie es scheint, Graf Arnim in der That einen Wunsch geäußert habe, abberufen zu werden, aber es liege kein Anzeichen vor, daß die deutsche Regierung sein Ansuchen günstig aufgenommen habe. Die „Times“ selbst hält eine Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen für unglaublich, zumal in der letzten Zeit ein verhältnißmäßiges Entgegenkommen Deutschlands mehrfach zu bemerken gewesen sei.

In **Eisenach** findet nächsten Sonnabend und folgende Tage eine Versammlung deutscher Buchdrucker statt. Behufs Feststellung eines neuen Tarifs; auch die Gehilfen sind eingeladen worden, Vertreter zur Beibehaltung an den Beratungen nach Eisenach zu senden, doch soll Seitens derselben keine Neigung vorhanden sein, diesem Anerbieten nachzukommen.

Mainz, 26. September. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gemeinderaths ist der am 21. d. Mts. zwischen dem Gouvernement der Festung Mainz und der Stadt Mainz vereinbarte Vertrag über die Erweiterung der Stadt genehmigt worden. Im Anschluß daran beschloß auf den Antrag der für den Stadterweiterungsplan niedergesetzten Commission der Gemeinderath ferner, Schritte bei der Staatsregierung zu thun, damit außer den der Stadt bereits aus der Staatscasse verwilligten 1½ Millionen Gulden derselben auch noch der in 3½ Millionen bestehende Rest des Bedarfs aus Staatsmitteln leihweise vorgestreckt werde.

Aus **Heidelberg** wird der „Bad. Landesztg.“ berichtet, daß es sich in Betreff der Berufung des Geheimen Raths Herrmann an die Spitze des evangelischen Oberkirchenraths in Berlin nur noch um die letzten Formalen handelt. Derselbe werde aber nach eigenem Wunsch seine für das Winterhalbjahr angekündigten Vorlesungen an der Heidelberger Universität noch abhalten, bevor er den neuen Beruf antrete.

München, 26. September. Eine königliche Botschaft, welche an den Gesetzgebungsausschuß beider Kammern am gestrigen Tage ergangen ist, erklärt die Sitzungen beider Kammern für geschlossen und spricht die Anerkennung des Königs für die erprobte Wirksamkeit derselben aus.

— Die hier tagende Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe beschloß im nächsten Jahre ihre Versammlung ausfallen zu lassen, für 1874 aber Leipzig, für 1875 Berlin zum Versammlungsort zu bestimmen. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für das Jahr 1873 von Wien aus zu einer internationalen Versammlung der Land- und Forstwirthe in Wien eingeladen werden möchte.

Strasburg, 24. September. Nächsten Sonnabend, am Jahrestag der Capitulation Strasburgs, findet nach der „Strasb. Ztg.“ in feierlicher Weise die Grundsteinlegung der neuen Befestigung Strasburgs auf Fort 5 (Oberhausbergen) statt.

West. Das im Budgetausschuß der Reichsrathsdelegation von dem Minister des Auswärtigen, Grafen Andrassy, dargelegte politische Epösé besagt im Wesentlichen Folgendes: Das Ziel, welches die Politik der Regierung Oesterreich-Ungarns verfolge, sei die Erhaltung des Friedens. Bei der Monarchen-Zusammenkunft in Berlin ging die Absicht des Kaisers lediglich dahin, den aufrichtigen guten Beziehungen zu dem neu constituirten Deutschland einen klaren Ausdruck zu geben. Es könne constatirt werden, daß der Meinungsaustausch der leitenden Minister in Berlin ein vollkommen befriedigender gewesen sei. Bei der Monarchen-Zusammenkunft in Berlin habe sich auch herausgestellt, daß gewisse panslavistische Tendenzen in den maßgebenden Kreisen Rußlands keine Unterstützung finden. Mit Italien beständen die freundschaftlichsten Beziehungen — worauf er den größten Werth lege — im vollsten Maße. Die Regierung des Königreichs Italien sei der Sprache der zwischen der Kurie und der italienischen Regierung herzustellenden Verständigung mit vollem Verständnisse und aufrichtiger Würdigung entgegengekommen. Die Beziehungen zu den übrigen Ländern Europas seien die besten.

Westh, 26. September. Der Budgetausschuß der Reichsrathsdelegation erledigte den Rest des Budgets des Ministerium des Auswärtigen und wurde dasselbe nach der Regierungsvorlage angenommen. Der Antrag Rechbauer's auf Aufhebung des Botschafterpostens in Rom und auf Besetzung der Gesandtschaften an kleineren Höfen mit Legationsräthen wurde abgelehnt. Es folgte das Referat Rechbauer's über mehrere Titel des Kriegsbudgets. Bei Titel 2 wurde die für das vorige Jahr bewilligte Summe